

Simonis, Udo E.

Article — Digitized Version

Ökologische Buchhaltung: Naturgesetze als Vorbild für wirtschaftliches Handeln?

Der Gewerkschafter: Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Simonis, Udo E. (1988) : Ökologische Buchhaltung: Naturgesetze als Vorbild für wirtschaftliches Handeln?, Der Gewerkschafter: Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall, ISSN 0433-9118, IG Metall, Frankfurt, M, Vol. 36, Iss. 1, pp. 18-19

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122595>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Sind Ökonomie und Ökologie unvereinbar oder gibt es Chancen, sie zu harmonisieren? Was bedeutet eine solche Harmonisierung für unsere Wirtschaft?

Neben Arbeit und Kapital ist die Natur ein stummer, ausgebeuteter, dritter Produktionsfaktor. Die Wirtschaft entnimmt ihr Rohstoffe und liefert Abfälle zurück – darunter so giftige, die der ökologische Kreislauf nicht mehr verkraften kann. Die natürliche Artenvielfalt geht zurück, Ökosysteme werden immer anfälliger, Symbiosen brechen zusammen, Gleichgewichte gehen verloren.

In dem Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie stehen sich zwei Grundprinzipien gegenüber: das ökologische Prinzip der „Stabilität“, als Lebensbedingung der Natur, und das ökonomische des „Wachstums“, als Interesse der Wirtschaft. Kann es angesichts der Umweltkrise gelingen, diese Prinzipien zu harmonisieren? Die Antwort hängt entscheidend davon ab, ob Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in der Lage sind, ökologische Regelmechanismen zur Selbststeuerung zu nutzen und sich ökologisch auszurichten.

Abgeschobene Kosten

Es gäbe sicher nur einen Bruchteil der Umweltprobleme, wenn die ökonomischen Zusammenhänge so klein und überschaubar geblieben wären, daß Produzenten und Konsumenten die Konsequenzen ihrer eigenen Natur-Abnutzung und Natur-Belastung erkennen und spüren würden – wenn die betriebliche Rentabilität, das Wachstum der Volkswirtschaft und die Expansion auf den Weltmärkten nicht auch dadurch gesichert und gesteigert werden könnten, daß man entstehende Kosten nach außen verlagert (externe Effekte der Produktion).

Beispiel Waldsterben: In der Produktion wird an Schadstoffverringere-

rung gespart, die Kosten tragen der sterbende Wald, die nachfolgenden Generationen und Dritte, wie die Waldbesitzer und die Gesellschaft im allgemeinen. Also rechnet das ökonomische System offenbar falsch. Das Rechnungswesen enthält keine ausreichenden Signale, die eine nicht mehr verkraftbare Schadstoffbelastung der Natur verhindern. Es weist sowohl für die Energiegewinnung, bei den Autoherstellern und den Schadstoffexporteuren positive Salden auf – Wirtschaftsbereiche, die nachweislich zu den Verursachern des Waldsterbens gehören.

Falsche Rechnung

Unser ökonomisches Rechnungswesen hat noch einen Mangel: Jede ausgegebene Mark wird positiv verbucht – egal, von wem sie wofür bezahlt wird. Das ökologische System dagegen kennt positive und negative Prozesse, seine Regenerationskraft geht verloren, wenn Grenzen der Belastbarkeit überschritten werden. Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie heißt in diesem Sinne, daß Kosten wieder zum Verursacher zurückverlagert, die „ökologische Komponente“ in die betriebliche Investitionsentscheidung eingebunden werden.

Wirtschaften als umfassenden Kreislaufprozeß zu begreifen wie den ökologischen Stoffkreislauf, hieße den Einsatz nicht erneuerbarer Rohstoffe und Entstehung nicht abbaubarer Abfälle systematisch zu verringern. Dies aber steht im Widerspruch zu einer auf schnellen Durchlauf angelegten Wirtschaft. Die Abkehr von der bloßen Abfallbeseitigung zur integrierten Abfallwirtschaft ist bisher nicht vollzogen; es fehlen die richtigen Preis- und Kostensignale. Müll zu vermeiden und Energie zu sparen wird vielfach sogar bestraft statt belohnt.

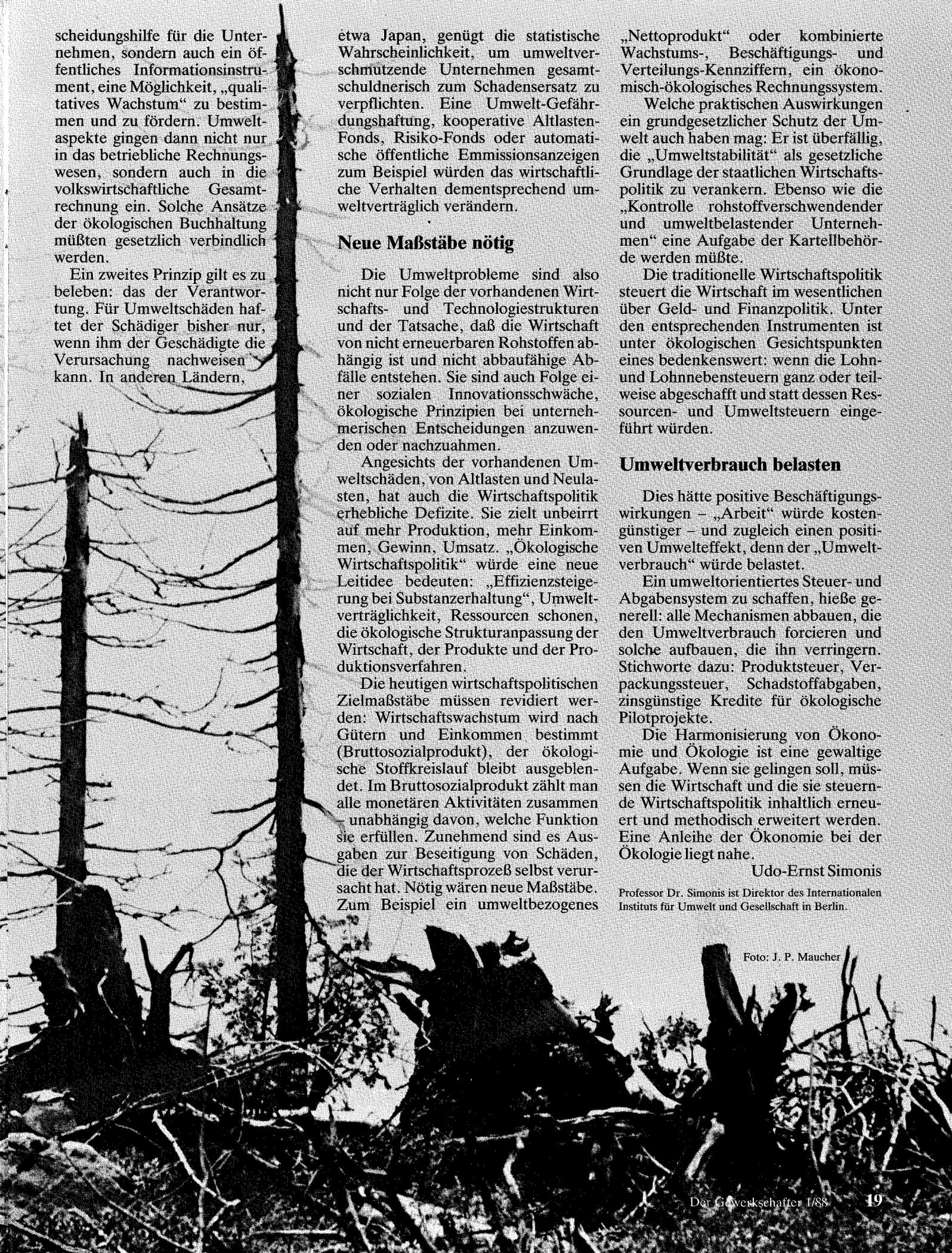
Ein weiteres Manko: Die ökologischen Verluste durch Luft- und Wasserverschmutzung, etwa der Rückgang der Pflanzen – und Tierarten und der genetischen Vielfalt, erscheinen bei den Verursachern nicht als Kosten oder sie sind nicht dafür haftbar zu machen. Könnten zum Beispiel die Waldbesitzer die Waldschäden bei der Autoindustrie einklagen, träten die Autohersteller sicherlich längst für ein Tempolimit ein.

Erforderlich ist deshalb eine „ökologische Buchhaltung“: Hierzu werden der Energie-, Material- und Bodenverbrauch sowie die Abfälle eines Unternehmens berechnet und über ein Simulationsverfahren, das die Wirkungen auf die Umwelt einbringt, die Rechnungseinheiten für die Buchhaltung ermittelt.

So entsteht nicht nur eine Ent-

Naturgesetze als Vorbild für wirtschaftliches Handeln?

Ökologische Buchhaltung



scheidungshilfe für die Unternehmen, sondern auch ein öffentliches Informationsinstrument, eine Möglichkeit, „qualitatives Wachstum“ zu bestimmen und zu fördern. Umweltaspekte gingen dann nicht nur in das betriebliche Rechnungswesen, sondern auch in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ein. Solche Ansätze der ökologischen Buchhaltung müßten gesetzlich verbindlich werden.

Ein zweites Prinzip gilt es zu beleben: das der Verantwortung. Für Umweltschäden haftet der Schädiger bisher nur, wenn ihm der Geschädigte die Verursachung nachweisen kann. In anderen Ländern,

etwa Japan, genügt die statistische Wahrscheinlichkeit, um umweltverschmutzende Unternehmen gesamtschuldnerisch zum Schadensersatz zu verpflichten. Eine Umwelt-Gefährdungshaftung, kooperative Altlasten-Fonds, Risiko-Fonds oder automatische öffentliche Emmissionsanzeigen zum Beispiel würden das wirtschaftliche Verhalten dementsprechend umweltverträglich verändern.

Neue Maßstäbe nötig

Die Umweltprobleme sind also nicht nur Folge der vorhandenen Wirtschafts- und Technologiestrukturen und der Tatsache, daß die Wirtschaft von nicht erneuerbaren Rohstoffen abhängig ist und nicht abaufähige Abfälle entstehen. Sie sind auch Folge einer sozialen Innovationsschwäche, ökologische Prinzipien bei unternehmerischen Entscheidungen anzuwenden oder nachzuzahlen.

Angesichts der vorhandenen Umweltschäden, von Altlasten und Neulasten, hat auch die Wirtschaftspolitik erhebliche Defizite. Sie zielt unbeirrt auf mehr Produktion, mehr Einkommen, Gewinn, Umsatz. „Ökologische Wirtschaftspolitik“ würde eine neue Leitidee bedeuten: „Effizienzsteigerung bei Substanzerhaltung“, Umweltverträglichkeit, Ressourcen schonen, die ökologische Strukturanpassung der Wirtschaft, der Produkte und der Produktionsverfahren.

Die heutigen wirtschaftspolitischen Zielmaßstäbe müssen revidiert werden: Wirtschaftswachstum wird nach Gütern und Einkommen bestimmt (Bruttosozialprodukt), der ökologische Stoffkreislauf bleibt ausgeblendet. Im Bruttosozialprodukt zählt man alle monetären Aktivitäten zusammen – unabhängig davon, welche Funktion sie erfüllen. Zunehmend sind es Ausgaben zur Beseitigung von Schäden, die der Wirtschaftsprozess selbst verursacht hat. Nötig wären neue Maßstäbe. Zum Beispiel ein umweltbezogenes

„Nettoprodukt“ oder kombinierte Wachstums-, Beschäftigungs- und Verteilungs-Kennziffern, ein ökonomisch-ökologisches Rechnungssystem.

Welche praktischen Auswirkungen ein grundgesetzlicher Schutz der Umwelt auch haben mag: Er ist überfällig, die „Umweltstabilität“ als gesetzliche Grundlage der staatlichen Wirtschaftspolitik zu verankern. Ebenso wie die „Kontrolle rohstoffverschwendender und umweltbelastender Unternehmen“ eine Aufgabe der Kartellbehörde werden müßte.

Die traditionelle Wirtschaftspolitik steuert die Wirtschaft im wesentlichen über Geld- und Finanzpolitik. Unter den entsprechenden Instrumenten ist unter ökologischen Gesichtspunkten eines bedenkenswert: wenn die Lohn- und Lohnnebensteuern ganz oder teilweise abgeschafft und statt dessen Ressourcen- und Umweltsteuern eingeführt würden.

Umweltverbrauch belasten

Dies hätte positive Beschäftigungswirkungen – „Arbeit“ würde kostengünstiger – und zugleich einen positiven Umwelteffekt, denn der „Umweltverbrauch“ würde belastet.

Ein umweltorientiertes Steuer- und Abgabensystem zu schaffen, hieße generell: alle Mechanismen abbauen, die den Umweltverbrauch forcieren und solche aufbauen, die ihn verringern. Stichworte dazu: Produktsteuer, Verpackungssteuer, Schadstoffabgaben, zinsgünstige Kredite für ökologische Pilotprojekte.

Die Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie ist eine gewaltige Aufgabe. Wenn sie gelingen soll, müssen die Wirtschaft und die sie steuernde Wirtschaftspolitik inhaltlich erneuert und methodisch erweitert werden. Eine Anleihe der Ökonomie bei der Ökologie liegt nahe.

Udo-Ernst Simonis

Professor Dr. Simonis ist Direktor des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft in Berlin.

Foto: J. P. Maucher